

Viktor Agartz: Vom Cheftheoretiker zur „Persona non grata“*

Susanne Krämer, geb. 1968 in Duisburg, Studium der Politischen Wissenschaft und der Neueren Geschichte/Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der State University of New York at Binghamton und an der Universität Mannheim.

„Lebhafter, minutenlanger Beifall“¹ empfing Viktor Agartz, den Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI), am Ende seiner Rede beim Frankfurter DGB-Kongreß. Über drei Stunden hatte er am 8. Oktober 1954 über Grundsätze der Wirtschafts- und Steuerpolitik referiert, und seine Ausführungen wurden vom DGB-Vorstandsmitglied Matthias Föcher als „kristallklare Analyse der gegenwärtigen Situation“² gewürdigt. Ein gutes Jahr später, zum Jahresende 1955, mußte Agartz - offiziell hieß es im gegenseitigen Einverständnis - aus dem WWI ausscheiden. Nach dem Landesverratsprozeß Ende 1957, in dem er wegen Mangels an Beweisen freigesprochen wurde, war er endgültig „ein politisch toter Mann“.³ Wie konnte es dazu kommen? Wie sah der Weg vom SPD-Mandatsträger und „Cheftheoretiker“ der Gewerkschaften in die politische Isolierung aus? Um auf diese Frage eine Antwort zu finden, muß man sich vor dem Hintergrund der politischen und gesell-

* Die Ausführungen beruhen in weiten Teilen auf meiner Magisterarbeit an der Universität Mannheim. Dazu habe ich neben dem Nachlaß von Agartz in Berlin eine Vielzahl von Dokumenten ausgewertet, die mir u. a. im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialwissenschaften (MZES) im Rahmen des Projektes „Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1949-1963“ zur Verfügung gestellt wurden. Da ich mich in Rahmen dieses Aufsatzes beschränken muß, verweise ich für ausführlichere Angaben zu Literatur und Archivalien auf die Magisterarbeit, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn über Fernleihe zu beziehen ist.

1 Deutscher Gewerkschaftsbund (Hg.): Protokoll - 3. Ordentlicher Bundeskongreß Frankfurt/M., 4. bis 9. Oktober 1954, Düsseldorf o. J., hier S. 468.

2 Protokoll 1954 (Anm. 1), S. 468.

3 Die Welt, 14. Dezember 1957, zit. nach Jürgen Treulieb, Ein Schicksal im Kalten Krieg. Viktor Agartz, in: Peter Grafe u. a. (Hg.), Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln: Geschichte und Geschichten aus Nordrhein-Westfalen, Berlin u. a. 1987, S. 76-85, hier S. 84.

schaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit Agartz' wirtschaftspolitische Konzepte und seine Rolle im DGB vergegenwärtigen. Dann können verschiedene Faktoren aufgezeigt werden, die seine Entmachtung erklären helfen.

Der DGB in den fünfziger Jahren

Grob gesagt spielten für die Entwicklung der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren folgende Faktoren eine wichtige Rolle: der Kalte Krieg und die damit einhergehende antikommunistische Grundstimmung, Adenauers Politik der Westintegration und die erfolgreiche Durchsetzung und Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft.⁴ Natürlich wirkten sich die Umstände auch auf die Gewerkschaften und ihre Politik aus. Diese hatten auf ihrem Gründungskongreß im Oktober 1949, der den DGB als Einheitsgewerkschaft konstituierte, die sogenannten „Münchener Grundsätze“ verabschiedet. Sie enthielten u. a. die Forderungen nach weitgehender Demokratisierung der Wirtschaft, paritätischer Mitbestimmung der Arbeitnehmer und planvollen staatlichen Eingriffen in Preis- und Investitionspolitik; auf die Formulierung von strategischen und taktischen Mitteln zur Durchführung wurde dagegen verzichtet.⁵ Festzuhalten ist, daß, ungeachtet der Kontroversen um nicht genutzte Chancen der Gewerkschaften in der frühen Nachkriegszeit,⁶ zu diesem Zeitpunkt die Weichen in der Bundesrepublik bereits eindeutig in Richtung „soziale Marktwirtschaft“ gestellt waren. In der Folge gerieten die Gewerkschaften zunehmend in die Defensive und mußten mit der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 eine schwere Niederlage hinnehmen. Denn es gelang ihnen nicht, die paritätische Mitbestimmung über die Montanindustrie hinaus zu verankern. Der Wahlsieg der CDU bei den Bundestagswahlen 1953 machte außerdem klar, daß die gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen in naher Zukunft nicht zu verwirklichen sein würden. In den folgenden Jahren konzentrierte sich der DGB dann auf die Lohn- und Tarifpolitik.

Zur Biographie Agartz'

Bevor das Augenmerk auf Agartz' konzeptionelle Vorstellungen gerichtet wird, soll sein Lebensweg skizziert werden.⁷ Viktor Agartz, Jahrgang 1897, trat bereits mit 18 Jahren der SPD und mit 25 Jahren den Freien Gewerkschaften bei. Nach seinem Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre sowie der Rechtswissenschaft, an das er eine Promotion anschloß, arbeitete er hauptamtlich bei der Rheinischen Konsumgenossenschaft. Zugleich war er in vielfältiger Hinsicht für SPD und Gewerkschaften tätig, z. B. als Dozent am Freigewerkschaftlichen Seminar der Universität Köln. In der NS-Zeit konnte Agartz seiner Arbeit bei der Konsumgenossenschaft bis

4 Zur Entwicklung der BRD vgl. für viele Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart/Wiesbaden 1981; Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991.

5 Vgl. Hans-Otto Hemmer, Stationen gewerkschaftlicher Programmatik. Zu den Grundsatzprogrammen des DGB und ihrer Vorgeschichte, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 349-367; Werner Müller, Die Gründung des DGB, der Kampf um die Mitbestimmung, programmatisches Scheitern und der Übergang zum gewerkschaftlichen Pragmatismus, in: Hans-Otto Hemmer/Kurt Thomas Schmitz (Hg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 85-147.

6 Vgl. Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland,

6. um ein Nachwort erg. Aufl., Frankfurt a. M./Köln 1975, vor allem S. 53 ff.; Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin/Bonn 1982, hier S. 146 ff.

7 Vgl. Hans-Peter Riesche, Von der „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ zur „Expansiven Lohnpolitik“. Ein Beitrag zur Biographie von Viktor Agartz, Diss. Hannover 1979.

1938 nachgehen. Nach neunmonatiger Arbeitslosigkeit trat er dann in eine Wirtschaftsprüfergesellschaft ein und legte ein Jahr später sein Wirtschaftsprüferexamen ab. Nach eigenen Angaben mußte Agartz im Herbst 1944 bis Kriegsende untertauchen, weil ihn die Gestapo wegen seiner Kontakte zu Widerstandskämpfern und Exilanten sowie der Unterstützung für Familien von KZ-Opfern suchte.⁸

Aufgrund seiner Biographie und seiner Kenntnisse - er war nicht Mitglied der NSDAP und hatte durch seine Wirtschaftsprüfertätigkeit weitreichende Kontakte in die Industrie - war Agartz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst ein gefragter Wirtschaftsfachmann, und zwar sowohl in seiner Partei als auch für die westlichen Alliierten. Als Beispiele seien hier nur seine Mitgliedschaft im Vorstand der SPD der britischen Zone und im nordrhein-westfälischen Landtag sowie die Übernahme der Leitung des Wirtschaftsamtes der Bizone in Minden 1947 genannt. Damit übertrugen die Alliierten Agartz das ranghöchste Wirtschaftsamt, das sie zu diesem Zeitpunkt vergeben konnten. Als Agartz' parteipolitische Karriere mit der Niederlegung seines Sitzes im Frankfurter Wirtschaftsrat beendet war, wechselte er ins WWI. an dessen Spitze er bis Ende 1955 stand. In dieser Zeit war er ein gefragter Redner. Nach seinem Ausscheiden gründete er die Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WISO), mußte deren Erscheinen allerdings 1961 aus finanziellen Gründen einstellen. In diese Zeit fällt der Landesverratsprozeß, der großes Aufsehen erregte. Bis zu seinem Tod im Dezember 1964 lebte Agartz sehr zurückgezogen und isoliert.

„Neue Wirtschaftsdemokratie“

Im Rahmen seiner vielfältigen Tätigkeiten in der Nachkriegszeit scheint Agartz besonders zwei Anliegen gehabt zu haben: Er versuchte, seine Vorstellungen zur Neuordnung der Wirtschaft in Deutschland durchzusetzen, und er wollte praktische Aufbauhilfe leisten. Reden, Vorträge und Artikel⁹ bzw. seine Arbeit im Mindener Wirtschaftsamt können diese Aspekte veranschaulichen.

„Neue Wirtschaftsdemokratie“ - dies ist das Schlagwort für Agartz' Neuordnungsvorstellungen, die er bis zu seinem Ausscheiden aus dem WWI fast unverändert vertrat.¹⁰ Schon in seiner Rede auf dem Parteitag der SPD der britischen Besatzungszone in Hannover im Mai 1946, die immer wieder als wegweisend für die frühen Wirtschaftsordnungspläne der SPD angeführt wird, verlangte Agartz eine Demokratisierung der Wirtschaft. Er begründete seine Forderung damit, daß die politischen Strukturen für den dauerhaften Bestand einer Demokratie durch entsprechende wirtschaftliche zu ergänzen seien. Sein vorrangiges Ziel war die vollständige Gleichberechtigung der Arbeitnehmer, die mit Hilfe von Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien, von Planung und paritätischer Mitbestimmung zuwege gebracht werden sollte. Dabei grenzte sich Agartz bewußt gegen die zentrale Planwirtschaft nach sowjetischem Muster ab. Vergesellschaftung bedeutete für ihn die Überführung in Gemeineigentum unter Festschreibung der Mitbestimmung, um den Arbeitnehmern die Beteiligung am Entscheidungsprozeß zu sichern. Unter Planung verstand Agartz Maßnahmen wie die Erstellung von wirtschaftlichen Rahmenplänen oder die staatliche Kontrolle von Investitionen mit dem Ziel, die gleichmäßige Verteilung des Sozialprodukts zu gewährleisten. Diese Arbeit wird im Rahmen demokratisch

⁸ Hans Georg Hermann, Verraten und Verkauft, 2. Auflage, Fulda 1959, hier S. 33.

⁹ Vgl. z. B. die Quellensammlungen Viktor Agartz. Wirtschaft, Lohn, Gesellschaft. Ausgewählte Schriften, Berlin 1982 und Hans Willi Weizen. (Hg.), Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, Frankfurt a. M. 1985.

¹⁰ Zur „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ vgl. Volkert Gransow/Michael Krätke, Viktor Agartz: Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik, Berlin 1978; Hans Willi Weizen, Gewerkschaften und Sozialismus. Naphtalis Wirtschaftsdemokratie und Agartz' Wirtschaftsneuordnung, Frankfurt a. M./New York 1982.

gewählter Gremien erledigt, wobei marktwirtschaftliche Wettbewerbs-elemente durchaus erhalten bleiben sollten. Im Rahmen der Mitbestimmung, die die betriebliche wie die überbetriebliche Ebene umfaßt, bilden die Gewerkschaften die entscheidende Brücke zwischen Betrieben und Arbeitnehmern.

Agartz blieb mit seinen Positionen unter Gewerkschaftskollegen keineswegs unangefochten, wie sich am Beispiel der Mitbestimmung zeigen läßt. Für christlich-soziale Gewerkschafter war die Mitbestimmung in erster Linie Ausdruck einer Sozialpartnerschaft. Agartz dagegen wollte sie lediglich als Mittel der Kontrolle verstanden wissen und warnte, den „Charakter der kapitalistischen Wirtschaft ändert das Mitbestimmungsrecht nicht“.¹¹ Andere Kollegen maßen der betrieblichen Mitbestimmung, die sich bekanntlich zu einem zentralen Anliegen der Gewerkschaftspolitik dieser Zeit entwickelte, weitaus größeren Wert bei, als Agartz dies tat.¹² An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, daß Agartz keine völlig neue Theorie präsentierte. Viele ihrer Elemente waren bereits in der Weimarer Republik und im Exil unter dem Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“ entwickelt und diskutiert worden.¹³

Der „Neuen Wirtschafts-demokratie“ war kein Erfolg beschieden. Es gab auch einige Mängel in der Konzeption selbst, aber praktisch scheiterte sie an der politischen Konstellation der Nachkriegszeit. Denn der Erfolg des Konzepts war eng an die Rolle und den Durchsetzungswillen des Staates gebunden, während die Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen ganz andere Züge annahm. Dementsprechend wurde Agartz' Kritik an der Entwicklung der Westzonen/Bundesrepublik heftiger. Aus Protest gegen die Währungsreform legte er sein Amt im Frankfurter Wirtschaftsrat nieder; 1950 kritisierte er, daß der Bürger wegen des rein formalen Staatsaufbaus „allein beschränkt (bleibt) auf die Ausübung seiner Wahlpflicht“,¹⁴ und 1954 kam er zu dem Ergebnis, daß „die politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik nur wenig demokratische Züge“ trage.¹⁵

Leiter des Zentralamtes für Wirtschaft der Bizone

Auf Drängen der SPD-Führung übernahm Agartz 1946 das Amt des Leiters des Zentralamtes für Wirtschaft der britischen Zone, das durch die Bildung der Bizone zum Zentralamt für Wirtschaft der Bizone wurde. Er bemühte sich intensiv darum, drohende Demontagen durch die Alliierten zu verhindern und die Versorgungslage der Bevölkerung zu verbessern. Auch seine *Ziele* zur Neuordnung der Wirtschaft verlor er nicht aus den Augen, konnte aber in beider Hinsicht nicht viel bewirken. Angesichts der begrenzten Möglichkeiten im Rahmen des Wirtschafts-amtes darf dieser Befund nicht überraschen, denn die Notsituation nach dem Ende des Krieges erlaubte nur die „Verteilung des Mangels“¹⁶. Außerdem war abzusehen, daß Agartz früher oder später mit den Amerikanern in Streit geraten würde, da diese eine sozialistische Entwicklung in Westdeutschland verhindern wollten. US-General Lucius D. Clay warnte bereits Anfang 1947 in einem Interview, die Amerikaner würden die

11 Viktor Agartz, Wirtschafts- und Steuerpolitik - Grundsätze und Programm des DGB, in: Protokoll 1954 (Anm. 1), S. 423-468, hier S. 432.

12 Vgl. z.B. Agartz' Hinweise auf die Gefahren der betrieblichen Mitbestimmung in: Agartz, Wirtschafts- und Steuerpolitik (Anm. 11), S. 430ff. Unterschiedliche Auffassungen gab es auch hinsichtlich der Frage von Gewinnbeteiligungen und Miteigentum der Arbeitnehmer.

13 Vgl. Klaus Schönhoven, Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt a. M. 1987. S. 116 ff.; Weizen, Gewerkschaften und Sozialismus (Anm. 10). S. 28 ff.

14 Viktor Agartz. Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Kundgebung des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 26. September 1950 in Düsseldorf, Düsseldorf o. J., hier S. 5.

15 Agartz, Wirtschafts- und Steuerpolitik (Anm. 11), S. 426.

16 Riesche (Anm. 7). S. 110: ausführlich zum Zentralamt für Wirtschaft Bernhard Koolen, Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Köln 1979, vor allem S. 110-122.

Ausnutzung des Amtes durch Agartz für die Sozialisierungspläne der SPD nicht zulassen.¹⁷ Agartz und seine Parteifreunde versprachen sich dagegen besonders bei der Sozialisierung der Grundstoffindustrien wirkungsvolle Unterstützung von den Briten. Ende 1946 hatten führende Sozialdemokraten auf Einladung der britischen Labour Party in London vielversprechende Gespräche geführt. Doch stellte sich heraus, daß eine Übereinstimmung mit den Briten keineswegs in dem erhofftem Maße vorhanden war, und diese sich wiederum amerikanischem Druck ausgesetzt sahen.

Zwischen Agartz und der SPD lassen sich in den ersten Nachkriegsjahren zwar weitgehende Übereinstimmungen über die Ziele, nicht aber über die Durchsetzungsstrategie feststellen. So beanstandete Agartz z. B. das Vorgehen der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion im Rahmen der Sozialisierungsdiskussion. Es gelang ihm aber nicht, hier entscheidenden Einfluß zu nehmen, abgesehen davon, daß er keine Verbesserungsvorschläge machen konnte.¹⁸ Und seit in der SPD Anfang der fünfziger Jahre ein Wandel einsetzte, der mit der Verabschiedung des Godesberger Programms sein vorläufiges Ende fand, war Agartz mit seinen Vorstellungen zunehmend isoliert.¹⁹

„Cheftheoretiker“ des DGB und Leiter des WWI

Zum 1. November 1949 übernahm Agartz die Leitung des WWI und erhielt damit eine einflußreiche Position. Die große Anzahl von Reden bei ganz unterschiedlichen Anlässen sowie seine zahlreichen Aufsichtsratsmandate vermitteln einen Eindruck davon. Wie bereits erwähnt, war er innerhalb des DGB aber keineswegs so unumstritten wie es zuweilen den Anschein gehabt haben mag. Zusammen mit Hans Böckler, dem ersten DGB-Vorsitzenden, den er bereits aus der Weimarer Republik kannte, hatte Agartz 1946 das WWI gegründet. Fraglos war es für ihn in persönlicher und vermutlich auch in beruflicher Hinsicht ein schmerzlicher Verlust, als Böckler 1951 starb. Mit Böcklers und mit Kurt Schumachers Tod Anfang 1952 hatte Agartz nach eigenem Bekunden wichtige Unterstützung für seine Arbeit verloren.

Zweifellos wurde das WWI nach Agartz' Amtsübernahme politisiert. Es verlagerte seine Aufgabenschwerpunkte und nahm Einfluß auf die Tagespolitik des DGB. Sein neuer Leiter war der Auffassung, daß das Institut entscheidende Anstöße zur Umsetzung der Neuordnungsvorstellungen geben sollte, doch vertraten einige Gewerkschaftskollegen abweichende Meinungen. Für sie hatte das WWI in erster Linie beratende Funktionen wahrzunehmen und grundsätzliche Ausarbeitungen zu leisten.²⁰ Auch in personellen Fragen kam es zu Unstimmigkeiten, als der DGB-Vorstand Mitte 1953 die Entlassung des WWI-Mitarbeiters Theo Pirker beschloß, Agartz ihn aber weiterbeschäftigte.²¹ Außerdem bestanden grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Reaktion auf die Niederlage der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz von 1952. Denn während Reformkräfte eine Anpassung an die bestehenden Verhältnisse der sozialen Marktwirtschaft für unvermeidlich und notwendig erachteten, hielten Agartz und seine WWI-Mitarbeiter an den Neuordnungsvorstellungen fest und waren bereit, die ihrer Meinung nach notwendige Aktivierung der Gewerkschaftspolitik unter Einschluß des politischen Streiks voranzutreiben.

17 Koolen (Anm. 16), S. 120.

18 Riesche (Anm. 7), S. 121 ff.

19 Vgl. zur Entwicklung der SPD Klotzbach (Anm. 6), S. 299 ff.

20 Zur Arbeit des WWI vgl. Josef Hülsdünker, Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie. Industrie- und betriebssoziologische Beiträge des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften von 1946 bis 1956, Münster 1983; exemplarisch für die Kritik 52. Sitzung des Bundesvorstands (BV) des DGB, 1. Juni 1954 (Kopie DGB-Projekt).

21 Vgl. 34. Sitzung, 27. Juli 1953/80. Sitzung, 6. September 1954 des Geschäftsführenden Bundesvorstands (GBV) des DGB (Kopie DGB-Projekt).

Um die Gewerkschaften aus der Defensive zu holen, entwickelte Agartz Anfang der fünfziger Jahre das Konzept der „expansiven Lohnpolitik“. Einer „kämpferischen gewerkschaftlichen Lohnpolitik (kam) die Funktion zu, die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu steigern und auf diesem Wege das Wirtschaftswachstum zu forcieren.“²² Das Konzept stieß zwar 1953/54 bei Teilen der Gewerkschaften auf positive Resonanz, konnte sich aber langfristig nicht durchsetzen. Vor allem seine „antikapitalistische Stoßrichtung“²³ wurde von Zeitgenossen kritisiert.

Besonders harten Angriffen war Agartz von Seiten des Jesuitenpaters Oswald von Nell-Breuning und der christlich-sozialen Kollegenschaft innerhalb des DGB ausgesetzt. Sie lehnten seine Neuordnungs- und Mitbestimmungsvorstellungen entschieden ab und warfen ihm vor, die Einheitsgewerkschaft spalten zu wollen. Die Vorwürfe an Agartz brachte von Nell-Breuning in einem Vortrag im Januar 1955 auf den Punkt,²⁴ nachdem dieser auf dem Frankfurter Kongreß im Oktober 1954 das Hauptreferat zur Wirtschaftspolitik gehalten hatte. Die Situation spitzte sich zu, als der WWI-Mitarbeiter Walter Hörn als Beiheft der Mai-Ausgabe 1955 der Gewerkschaftlichen Monatshefte eine Streitschrift veröffentlichte, in der er zu belegen versuchte, daß von Nell-Breuning früher ähnliche Thesen wie Agartz vertreten habe.²⁵ Auf energischen Druck hin distanzierte sich der DGB-Vorstand Ende Juni offiziell von der Broschüre - ein außergewöhnlicher Vorgang und eine Niederlage nicht nur für Hörn, sondern vor allem für Agartz.²⁶

Darüber hinaus machten sich auch WWI-intern Unstimmigkeiten breit. Nachdem der DGB-Vorstand die Institutsleitung 1954 in ein Kollegium mit drei Leitern umgewandelt hatte, traten offen Spannungen zwischen Agartz und seinen Kollegen Bruno Gleitze und Erich Potthoff zutage, z. B. bezüglich der Aufgabenstellung des Instituts. Doch nicht wissenschaftliche oder inhaltliche Differenzen, sondern die sogenannten „Gleitze-Briefe“ waren der unmittelbare Anlaß, der zur Beurlaubung von Agartz im Oktober 1955 führte.²⁷ Er hatte dem DGB-Vorsitzenden Walter Freitag die Kopien von zwei Briefen vorgelegt, die Gleitze der Loyalität gegenüber dem DDR-Regime zu entlarven schienen. Als sich herausstellte, daß zumindest einer der Briefe gefälscht war, geriet Agartz in die Defensive. Woher die Kopien stammten und wie Agartz in ihren Besitz gekommen war, ist bis heute ungeklärt. Auch seine widersprüchlichen Aussagen dazu bieten keine überzeugende Version der Vorgänge. Während die DGB-Spitze u. a. wegen des undurchsichtigen Verhaltens von Agartz spürbar auf Distanz ging, war dieser zunehmend von einer Verschwörung zum Zwecke seiner Entmachtung überzeugt. Er war insbesondere über die Haltung des DGB-Vorstands erbittert.²⁸ Die „Gleitze-Briefe“ waren sicherlich nicht der einzige Grund für Agartz' Entlassung zum Jahresende, vielmehr war seine Position bereits erheblich geschwächt. Weder zahlreiche Protestschreiben der Basis noch Versuche seitens des bayerischen Landes-

22 Schönhoven (Anm. 13), S. 220. Auf die expansive Lohnpolitik ist hier nicht näher einzugehen, vgl. dazu Viktor Agartz, *Expansive Lohnpolitik*, in: *Agartz, Wirtschaft, Lohn, Gesellschaft* (Anm. 9), S. 112-117; Gransow/Krätke (Anm. 10), S. 24-79.

23 Schönhoven (Anm. 13), S. 220.

24 Oswald von Nell-Breuning, „Wohin führt Dr. Agartz den DGB?“, in: *Gesellschaftspolitische Kommentare, Sonderbeilage zur Februar Ausgabe*, Nr. 3,1, Februar 1955, S. 2-7. Diese Zeitschrift, seit 1954 von christlich-sozialen Gewerkschaftern herausgegeben, agitierte unaufhörlich gegen Agartz.

25 Walter Hörn, Oswald von Nell-Breuning S. J. kontra Oswald von Nell-Breuning S. J. *Der Frankfurter Gewerkschaftskongreß im Spiegel der katholischen Soziallehre*, Köln-Deutz 1955.

26 30. Sitzung GBV, 27. Juni 1955 (Kopie DGB-Projekt); vgl. ausführlich Wolfgang Schroeder, *Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB-Kongreß 1954*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, Nr. 39/1991, S. 179-220.

27 Zunächst wurde auch Gleitze beurlaubt. Er konnte aber zum Jahresanfang 1956 seine Arbeit im WWI wieder aufnehmen. Den Agartz-Mitarbeitern Walter Hörn und Theo Pirker wurde gekündigt.

28 Zu Agartz' Deutung der Vorgänge vgl. Hermann (Anm. 8), vor allem S. 129 ff.

bezirksvorsitzenden Max Wönner, die Vorgänge rückgängig zu machen, waren erfolgreich.²⁹

Landesverratsprozeß 1957

Im DGB wurden immer wieder Vermutungen über „Ostkontakte“ von Agartz in die DDR laut, und seine Weigerung, sich nach seiner Beurlaubung von der propagandistischen Unterstützung seitens der DDR-Presse zu distanzieren, wurde mit Verärgerung aufgenommen. Wer Agartz hier kritisch gegenüberstand, konnte sich bestätigt fühlen, als er im März 1957 festgenommen und des Landesverrats angeklagt wurde. Die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, Geld vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) der DDR zur Finanzierung seiner Zeitschrift, der WISO, erhalten und damit den Kampf der DDR gegen die freiheitlich-demokratische Ordnung der BRD unterstützt zu haben.³⁰ In der Tat finanzierte der FDGB ein Pauschalabonnement, doch konnte man Agartz keine östliche Einflußnahme auf die WISO nachweisen. Die Anklage muß vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gesehen werden; bereits wenige Jahre später wäre es unter diesen Umständen nicht mehr zu einem Strafverfahren gekommen.

Resümee

Viktor Agartz war 1945 ein gefragter Wirtschaftsfachmann, doch mußte er in den folgenden Jahren eine Reihe von Niederlagen hinnehmen: Die Arbeit im Zentralamt für Wirtschaft war kaum erfolgreich, mit der Niederlegung des Mandats im Frankfurter Wirtschaftsrat war seine parteipolitische Karriere in der SPD beendet, und in seiner Tätigkeit als Leiter des WWI war er - auch wenn dies nicht offensichtlich wurde - zunehmend bedrängt. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Agartz entfernte sich mit dem Festhalten an der „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ zusehends von den politischen und gesellschaftlichen Realitäten in der Bundesrepublik, während in Teilen von SPD und DGB eine allmähliche Umorientierung einsetzte. Zusätzlich wurden ihm „Ostkontakte“ sowie die publizistische Unterstützung durch die DDR-Presse verübelt. Die Brisanz dieser Verbindungen ist nur im Kontext des Kalten Krieges verständlich. Hinzu kamen innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen um die Einheitsgewerkschaft und die Neugründung christlicher Gewerkschaften. Christlich-soziale Gewerkschafter verstanden es, die Drohung der Neugründung in Verbindung mit Agartz zu bringen und damit dessen Position zu untergraben.³¹ Und schließlich ist auf persönliche Differenzen zwischen Agartz und führenden Persönlichkeiten im und um den DGB hinzuweisen. In seinem Arbeitsleben ist Agartz wiederholt mit seiner Umgebung in Konflikt geraten, die Auseinandersetzungen mit Gleitze stellten nur einen Höhepunkt dar.³² Sein zuweilen taktisch ungeschicktes Verhalten und seine Ablehnung direkt geführter Kontroversen, so zumindest gegenüber von Nell-Breuning, mögen seinen Gegnern Vorteile verschafft haben.

29 Im DGB-Archiv in Düsseldorf liegen zahlreiche dieser Protestschriften. Der sogenannte Wönner-Brief stammt vom 31. Oktober 1955, wurde aber vom DGB-Vorstand abgelehnt (16. Sitzung BV. 22. November 1955, Kopie DGB-Projekt).

30 Zum Prozeß vgl. Jürgen Treulieb, Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz. Verlauf und Bedeutung in der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. 2 Bde., Münster 1982.

31 Die Neugründung der Christlichen Gewerkschaft Deutschlands erfolgte im November 1955, hatte aber nur geringen Erfolg; vgl. ausführlich Wolfgang Schroeder, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960. Bonn 1992, vor allem S. 169ffE.

32 So schied der WWI-Mitarbeiter Rolf Wagenführ 1952 nach Differenzen mit Agartz aus. Im Nachlaß finden sich auch entsprechende Zeugnisse aus der Zeit, als Agartz die WISO herausgab.